

Vor dem Abschluss eines neuen Staatsvertrags zur Universität

BaZ, 27.05.21

Beide Basel sind sich einig Die Weichen für die Zukunft der gemeinsamen Uni sind gestellt – für 1,35 Milliarden Franken in vier Jahren.

«Wir haben aus der Krisensituation herausgefunden», sagte der Basler Erziehungsdirektor Conradin Cramer am Mittwoch an der bikantonalen Medienkonferenz im Neubau des Sportdepartements in Münchenstein. Mit dem neuen, dynamischen Finanzierungsinstrument, der gemeinsamen Eigentümerstrategie und den überarbeiteten Führungsgrundlagen sei die Basis für die Zukunft der Uni gelegt, sagte die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind.

Die Regierungen haben in beiden Kantonen die Vorlagen zuhanden ihrer Parlamente verabschiedet. Revidiert werden soll der Staatsvertrag zwischen den beiden Basel, der die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel regelt. Der alte Vertrag von 2007 war schon vor Jahren unter Druck geraten und konnte nur dank zusätzlicher Zahlungen aus der Stadt bis heute gehalten werden. Beschlossen haben die Regierungen zudem auf der

Grundlage des neuen Vertrags den Leistungsauftrag und den Globalbeitrag für die Jahre 2022 bis 2025.

Dieser beläuft sich für die vier Jahre auf 1,35 Milliarden Franken. 969 Millionen fliessen in Lehre und Forschung, 386 Millionen in die Immobilien. Basel-Stadt kostet die Uni 670 Millionen, Basel-Stadt 685 Millionen.

Konstruktive Verhandlungen

Darin enthalten sind die Kosten für die eigenen Studierenden und das Restdefizit. Davon muss der Kanton Basel-Stadt zehn Prozent zur Abgeltung des Standortvorteils übernehmen. Die verbleibenden 680 Millionen Franken Restdefizit werden gemäss der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf die beiden Basel aufgeteilt. Überraschend profitiert ab 2023 Basel-Stadt von dieser neuen Regelung. Die Universität Basel erhält im Vergleich zur vorangehenden Vierjahresperiode 3,5 Prozent mehr Mittel für

Lehre und Forschung. Beat Oberlin, Präsident des Universitätsrats, hielt vor den Medien fest, dass der Leistungsvertrag und der Globalbeitrag das Resultat konstruktiver und einvernehmlicher Verhandlungen sind. Die jetzt feststehende Planung der nächsten Jahre werde von allen mitgetragen. Rivalitäten zwischen den Vertretungen der beiden Kantone gebe es keine.

Die Verhandlungen erfolgten auf der Grundlage der Strategie 2022 bis 2030 der Universität. Diese enthält den nötigen Handlungsspielraum, um in der Zukunft auf Entwicklungen reagieren zu können. Oberlin: «Die Universität ist kein Tempel, sondern ein Teil der Gesellschaft und der Wirtschaft.»

Unirektorin Andrea Schenker-Wicki verwies auf den geplanten Schwerpunkt eines Bio-Campus Oberrhein für die Lifesciences und die Medizin. Im Nachgang zu den Corona-Erfahrungen plane die Uni zudem, die Präsenz-

pflicht für die Studierenden zu flexibilisieren.

Von Grund auf erneuern wollen die beiden Kantone und die Universität die Immobilienplanung und deren Bewirtschaftung. Für die Immobilien wird neu ein gemeinsames, beratendes Fachgremium mit Vertreterinnen und Vertretern der Universität und der Kantone geschaffen.

Keine Abstriche nötig

Der Universitätsrat ist zusammen mit dem neuen Gremium für die Immobilienstrategie zuständig. Projekte universitätseigener Gebäude werden neu unter der Bauherrschaft des Universitätsrats realisiert.

Bei gemieteten Gebäuden, die einem Kanton gehören, soll neu zwischen Grundausbau und Mieterausbau unterschieden werden. Die Universität wird entsprechend von der Gebäudeunterhaltungspflicht entlastet. Die Universität kann bei den Kosten für die

Immobilien für die kommenden vier Jahre rund zehn Prozent einsparen. Zwar sei man bei den Bauten zeitlich etwas im Rückstand, doch Abstriche bei geplanten Bauvorhaben müssten keine vorgenommen werden, hiess es an der Medienkonferenz.

Nach der Verabschiedung durch die beiden Kantonsregie-

rungen sind nun der Grosse Rat und der Landrat an der Reihe. Sie dürften nach der Sommerpause den neuen Univertrag sowie Leistungsauftrag und Globalbeitrag beschliessen. Offen ist, ob es dagegen Widerstand gibt. Im Vernehmlassungsverfahren waren die Reaktionen mehrheitlich positiv. Substanzielle Kritik gab es von der LDP Basel-Stadt und der SVP Baselland.

Die LDP kritisierte vor allem, dass der neue Univertrag den Kanton Baselland bei der Abgeltung des Standortvorteils und bei der Immobilienstrategie bevorzuge. Die Baselbieter SVP hatte Vorbehalte bei der Kostenaufteilung im Bereich der Immobilien und bei der Mitsprache der Parlamente bei der Aufteilung des Restdefizits zwischen den beiden Kantonen.

In beiden Kantonen ist eine Referendumsabstimmung nicht auszuschliessen.

Thomas Dähler

Substanzielle Kritik gab es von der LDP Basel-Stadt und der SVP Baselland.